

# STADT KITZINGEN



## NIEDERSCHRIFT ÜBER DIE ÖFFENTLICHE SITZUNG DES STADTRATES AM 26.09.2013

---

Sitzungsdatum: Donnerstag, den 26.09.2013  
Beginn: 18:30 Uhr  
Ende: 21.03 Uhr  
Ort: Sitzungssaal des Rathauses

---

### Anwesend:

#### **Vorsitzende/r**

Oberbürgermeister Siegfried Müller

#### **CSU-Stadtratsfraktion**

Stadtrat Andreas Moser

Stadtrat Thomas Rank

Stadträtin Gertrud Schwab

Stadtrat Hartmut Stiller

ohne Zif. 6Ö

Stadträtin Hiltrud Stocker

Stadtrat Hugo Weiglein

#### **SPD-Stadtratsfraktion**

Stadträtin Dr. Brigitte Endres-Paul

Stadträtin Astrid Glos

Stadtrat Klaus Heisel

Stadträtin Elvira Kahnt

Stadträtin Nicole Mahlmeister

#### **UsW-Stadtratsfraktion**

Stadtrat Rolf Ferenczy

Stadtrat Peter Lorenz

Stadtrat Manfred Marstaller

2. Bürgermeister Werner May

Stadtrat Manuel Müller

#### **FW-FBW-Stadtratsfraktion**

Stadtrat Manfred Freitag

Stadträtin Barbara Wachter

Stadträtin Jutta Wallrapp

#### **KIK-Stadtratsfraktion**

Bürgermeister Klaus Christof

Stadtrat Wolfgang Popp

Stadtrat Thomas Steinruck

#### **UKB-Stadtratsfraktion**

Stadtrat Klaus Günther

Stadträtin Rosmarie Richter  
Stadtrat Karl-Heinz Schmidt

**ödp-Stadtratsgruppe**

Stadtrat Jens Pauluhn  
Stadträtin Andrea Schmidt

**ProKT-Stadtratsgruppe**

Stadtrat Franz Böhm  
Stadtrat Hans Schardt

**Ortssprecher**

Ortssprecher Dieter Pfrenzinger  
Ortssprecherin Anna Schlötter

**Schriftführer/in**

Verwaltungsfachangestellte Franziska  
Schlier

**Berichterstatter**

Bauamtsleiter Oliver Graumann  
Verwaltungsrat Ralph Hartner  
Oberrechtsrätin Susanne Schmöger  
Stadtkämmerer Bernhard Weber

**Entschuldigt:**

**FW-FBW-Stadtratsfraktion**

Stadtrat Friedrich Haag

Feststellung gemäß § 27 der Geschäftsordnung

Sämtliche Mitglieder des Stadtrates waren ordnungsgemäß geladen. Von den 31 Mitgliedern sind zu Beginn der Sitzung mehr als die Hälfte anwesend. Der Stadtrat ist somit beschlussfähig.

Bürgermeister Christof bezieht sich auf den Dringlichkeitsantrag der KIK-Fraktion „Photovoltaik-Flugplatz Kitzingen“ und fordert die Aufnahmen in die Tagesordnung.

Oberbürgermeister Müller verweist auf das Antwortschreiben durch die Verwaltung, dass nach § 26 GeschO die Dringlichkeit des Antrages geprüft wurde und unter Berücksichtigung der noch nachzureichenden Unterlagen durch den Vorhabenträger die Dringlichkeit nach § 26 Abs. 1 GeschO nicht gegeben sei. Aus diesem Grund werde er den Antrag nicht zur Abstimmung stellen.

Bürgermeister Christof hat hierzu eine andere Rechtsauffassung und bittet daher den Oberbürgermeister, seine Sichtweise zur Dringlichkeit des Antrages erläutern zu dürfen.

Oberbürgermeister Müller spricht Bürgermeister Christof das Wort zu.

Bürgermeister Christof festigt die Meinung der KIK-Fraktion, dass die Notwendigkeit sowie Dringlichkeit der Beschlussfassung gegeben sei. Die Begründung liege darin, dass die Unterlagen der Vorhabenträger rechtzeitig am 20.09.2013 den Stadträten zugegangen seien. Verbunden mit der von den Vorhabenträgern beantragten Behandlung in heutiger Sitzung stehe die terminlich gebundene Wirtschaftlichkeit dieser Energieproduktion und Verwertung der Fläche bis hin zur Gewerbesteuererinnahme der Stadt Kitzingen. Der KIK-Fraktion sei entgegen auch die Problematik sowie Langwierigkeit des Verfahrens zur Nutzung einer Teilfläche der Harvey Barracks als Photovoltaik-Standort bewusst. Dennoch betont Bürgermeister Christof die Dringlichkeit einer Beschlussfassung, da Verzögerungen in der Genehmigung schwerwiegende wirtschaftliche Auswirkungen mit sich ziehen könnten. Dies haben die Eigentümer und Vorhabenträger der Verwaltung schriftlich mitgeteilt. Laut der Antragsteller sei am 18.09.2013 von Seiten der Verwaltung die mündliche Zusage zur Beschlussfassung in

heutiger Sitzung getätigt worden. Die Verwaltung bestreite diese Aussage und verweist auf fehlende Unterlagen. Da der Stadtrat nicht ausreichend informiert wird, bringe dies die Mitglieder in Bedrängnis und schädige den Ruf des Bauamtes. Abschließend bittet er zur objektiven Gestaltung, den anwesenden Beteiligten Rederecht zu gewähren.

Oberbürgermeister Müller entgegnet, dass die Vorwürfe gegenüber dem Bauamt nicht gerechtfertigt seien, da es nicht um ein Scheitern des Vorhabens ginge, sondern lediglich um die Vertagung, da die Unterlagen nicht abschließend vorliegen. Besonders ging am heutigen Tag eine Stunde vor Sitzungsbeginn eines der wichtigen Dokumente ein. Durch die Verwaltung sei eine entsprechende Prüfung zu veranlassen, welche eine gewisse Zeit in Anspruch nimmt.

Bauamtsleiter Graumann erläutert, dass die Verwaltung öffentlich-rechtliche Belange vertrete, das könne im Einzelfall gegen die Interessen einzelne Eigentümer gerichtet sei. Ein anderer Aspekt sei es, dass es im Bereich Harvey Barracks mindestens drei Bebauungspläne gebe, die alle miteinander verwoben sind. Weiter seien bestehende Beschlüsse hinsichtlich des Sonderlandeplatzes oder der Komplexität der gesamten Kampfmittel zu berücksichtigen. Bezüglich der Photovoltaikanlage auf dem Sonderlandeplatz müssen lediglich zwei klare Aussagen vorliegen. Zum einen betreffe dies die Kampfmittelproblematik in diesem Bereich, zum anderen die weitere Nutzung des Sonderlandeplatzes. Abschließend betont Bauamtsleiter Graumann, dass der Bereich Stadtplanung durch relativ wenig aber sehr engagiertes Personal gestemmt werde und diese zeitgleich mehrere Bebauungsplanverfahren bewältigen müssen.

Stadträtin Richter regt an, den Dringlichkeitsbeschluss zur Abstimmung zu stellen, da der Stadtrat über diesen zu beschließen habe.

Oberrechtsrätin Schmöger klärt auf, dass der Antrag nach § 26 Abs. 2 GeschO verspätet eingegangen ist. Gemäß § 26 Abs. 2 Satz 1 GeschO wurde dieser durch die Verwaltung aus objektiver Sicht geprüft und als nicht dringlich beurteilt. Auf einen „Verzug“ von zwei bis drei Wochen könne es objektiv nicht ankommen, zumal nicht klar sei, bis wann das B-Planverfahren insgesamt abgeschlossen sei. Weiter könne der Antrag auf die Tagesordnung genommen werden, wenn laut § 26 Abs. 2 Satz 2 GeschO alle Stadtratsmitglieder anwesend sind. Dies sei aber nicht der Fall.

Oberrechtsrätin Schmöger sehe daher keine zwingende Grundlage zur Behandlung. Sie wiederholt ebenfalls, dass die Verwaltung nicht gegen die zügige Fortführung des B-Planverfahrens sei, sondern wichtige Unterlagen fehlen. Ein Billigungsbeschluss könne in heutiger Sitzung ohnehin nicht gefasst werden.

Auf Anfrage von Stadtrat Moser erläutert Bauamtsleiter Graumann, dass die Thematik in heutiger Sitzung zur Abstimmung auf die Tagesordnung genommen worden wäre, würden die Unterlagen entsprechend vorliegen.

Stadtrat Schmidt kann nicht nachvollziehen, dass der Dringlichkeitsantrag nicht zur Abstimmung gebracht wird. Insbesondere erkenne er, dass sich auch für die Stadt Kitzingen finanzielle Nachteile ergeben. Er spricht sich dafür aus, den Beteiligten Rederecht zuzusprechen, um die Angelegenheit aus Sicht der Gegenseite wahrnehmen zu können.

Stadträtin Wallrapp erinnert an die Behandlung der Maßnahme in der Stadtratssitzung am 25.07.2013. Stadträtin Wallrapp betont, von Seiten der FW-FBW-Fraktion die Befürwortung des Sonderlandeplatzes. Die gesamte Thematik solle nicht weiter hinausgezögert werden, daher beantragt sie, den Dringlichkeitsantrag zur Abstimmung zu stellen.

Oberrechtsrätin Schmöger erklärt nochmals ausführlich, wie wichtig es sei, dass die wesentlichen Probleme geklärt sind, um einen Billigungsbeschluss fassen zu können. Insbesondere betont sie, dass im endgültigen Kampfmittelräumungskonzept vom 08.04.2013 keine Photo-

voltaikflächen berücksichtigt sind und sich dieses auch ausschließlich auf den nördlichen Bereich beziehe.

Stadtrat Rank erfragt, ob bei einer Vertagung sichergestellt werde, dass für die nächste Stadtratssitzung am 17.10.2013 ein positiver Beschluss herbeigeführt werden könne. Bauamtsleiter Graumann kann dies ohne Einsicht in die noch fehlenden Unterlagen nicht sagen, die Chance sei aber unter den genannten Voraussetzungen gegeben.

Stadtrat Pauluhn ist der Ansicht, dass die Unterlagen abschließend vorliegen müssten, wenn tatsächlich eine derartige Dringlichkeit gegeben wäre. Da dies nicht der Fall ist, halte er eine zeitliche Verschiebung der Entscheidung von zwei Wochen für legitim.

Oberbürgermeister Müller wiederholt abschließend, dass er den Dringlichkeitsantrag in heutiger Sitzung nicht zur Abstimmung stellen werde. Er sagt eine interne Prüfung der Unterlagen zu und betont, die Verwaltung werde versuchen, in der Stadtratssitzung am 17.10.2013 eine Entscheidung herbeizuführen.

Verwaltungsrat Hartner erklärt, dass die Verwaltung im Rahmen des „Tag des offenen Rathauses“ eine Fotopräsentation zur Erklärung des Sitzungsablaufes vorbereite. Hierfür bittet er um das Einverständnis aus dem Gremium, in heutiger Sitzung Lichtbilder fertigen zu dürfen. Ebenso hofft er von Seiten der Zuschauer auf Verständnis.

Stadtrat Müller bittet, die Fotos nicht an Dritte weiterzugeben.

Verwaltungsrat Hartner bestätigt, die Bilder hätten ausschließlich einen informativen Zweck und werden nur für die genannte Präsentation verwendet.

Stadträtin Wallrapp ist mit ausgeführtem Procedere nicht einverstanden.

Verwaltungsrat Hartner nimmt es zur Kenntnis und bittet dies bei den Aufnahmen zu berücksichtigen. Ansonsten stellt Herr Hartner fest, dass kein weiterer Widerspruch gegen das Fotografieren erhoben wird.

## **1. Genehmigung der öffentlichen Niederschrift des Stadtrates vom 06.11.2012, 07.11.2012, 04.07.2013 und 25.07.2013**

Stadträtin Wallrapp bemängelt, dass zu den Haushaltberatungen die Prioritätenliste sowie die Niederschriften vom 05.02.2013 und 19.02.2013 trotz Erinnerungsemail an das Hauptamt fehlen.

Weiter kritisiert Stadträtin Wallrapp, dass im Protokoll vom 07.11.2012 nachzulesen ist, dass einstimmig beschlossen wurde, den Wohnmobilstellplatz der Stadtbetriebe GmbH zuzuführen, dies sei in der Praxis nicht umgesetzt worden. Ebenso sei der Antrag bezüglich der Sportgeräte Bleichwasen nicht vollzogen worden.

Stadträtin Schmidt bezieht sich auf den Tagesordnungspunkt 4 der Niederschrift vom 25.07.2013 „Harvey Barracks“ und erklärt, dass Stadtplaner Fischer bejaht habe, dass für die FFH-Flächen Umweltverträglichkeitsprüfungen durchgeführt werden. Hierzu erfragt sie den Sachstand. Oberrechtsrätin Schmöger erläutert, dass es für die Photovoltaikanlage eine derartige Prüfung gebe.

**beschlossen                      dafür 29    dagegen 1**

Die Niederschriften der öffentlichen Sitzungen des Stadtrates vom 06.11.2012, 07.11.2012, 04.07.2013 und 25.07.2013 gelten gemäß Art. 54 Abs. 2 als genehmigt.

2. **Fraktionsaustritte der Stadtratsmitglieder Karl-Heinz Schmidt, Rosmarie Richter und Klaus Günther sowie Fraktionsneugründung "Unabhängige Kitzinger Bürger" (UKB) und Bestellung von ReferentInnen**

Oberbürgermeister Müller informiert über die Neugründung der Stadtratsfraktion UKB (Unabhängige Kitzinger Bürger). Mitglieder dieser Fraktion seien Stadtrat Schmidt, Stadträtin Richter und Stadtrat Günther. Zur weiteren Erläuterung der Kräfteverhältnisse in den Gremien übergibt er das Wort an Verwaltungsrat Hartner.

Verwaltungsrat Hartner erklärt, dass die Sitzverteilung neu berechnet wurde und die Übersicht hierzu als Anlage der Sitzungsvorlage beigefügt wurde.

Laut Berechnung nach Hare/Niemeyer wäre im Rechnungsprüfungsausschuss ein Losverfahren erforderlich. Aufgrund des Verzichtes der Stadtratsgruppe Pro-KT, behält die Stadtratsgruppe ödp ihren Sitz bei.

Ebenso wäre im Umlegungsausschuss ein Losverfahren zwischen der SPD- und der UsW-Stadtratsfraktion nötig. Die beiden Fraktionen haben sich jedoch geeinigt, die Mitglieder wie folgt festzulegen:

Ordentliches Mitglied: Stadträtin Dr. Endres-Paul (SPD)  
1. Vertreter                      2. Bürgermeister May (UsW)  
2. Vertreter                      Stadträtin Glos (SPD)

Verwaltungsrat Hartner gibt hierzu bekannt, dass 2. Bürgermeister May mit Email vom 24.09.2013 seinen Wiedereintritt in die UsW-Stadtratsfraktion bekannt gegeben habe.

Bezüglich der Referate informiert Verwaltungsrat Hartner über folgende Festlegung:

Referat	Referent	Vertreter
Freiwillige Feuerwehr	Stadträtin Richter	Stadtrat Schmidt
Sport	Stadtrat Marstaller	Stadtrat Müller
Wirtschaft und Konversion	2. Bürgermeister May	Stadtrat Lorenz

**Ohne Abstimmung**

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Von der Bestellung der ReferentInnen sowie der Besetzung der Ausschüsse, Beiräte, Verbands- und Gesellschafterversammlung, Aufsichtsräte und Fraktionsitze durch UsW und UKB wird Kenntnis genommen.
3. Die aktualisierte Übersichtsliste liegt der Niederschrift als wesentliche Anlage bei.

### **3. Anträge von Fraktionen und Gruppen**

#### **3.1. Antrag der CSU vom 07.08.2013, Hundeverbot bzw. absoluter Leinenzwang im Gartenschaugelände**

Stadtrat Stiller führt kurz den Antrag der CSU-Fraktion aus und bittet um Zustimmung zum Hundeverbot bzw. absoluten Leinenzwang, um allen MitbürgerInnen einen Erholungsbereich auf dem Gartenschaugelände zu schaffen.

Oberrechtsrätin Schmöger bestätigt, dass derartige Regelungen nach Art. 24 Abs. 1 GO grundsätzlich möglich seien. Dennoch sollte die Überlegung nicht außer Acht gelassen werden, für welche Bereiche im Stadtgebiet eine Satzung erlassen werden solle (bspw. auch die andere Mainseite, Rosengarten etc.). Das Amt 3 spreche sich gegen ein Verbot aus, tendiere eher zu dem Leinenzwang, dann – nach entsprechender Prüfung - aber gegebenenfalls für beide Mainseiten, erklärt Oberrechtsrätin Schmöger.

Stadträtin Dr. Endres-Paul spricht sich stellvertretend für die SPD-Fraktion für den absoluten Leinenzwang im gesamten Stadtgebiet aus und bittet Hundehalter durch einen hinweisenden Vermerk auf den Hundesteuerbescheiden darüber zu informieren. Weiter regt sie an, die Kontrolle durch die Verkehrsüberwachung vollziehen zu lassen.

Stadträtin Richter plädiert für den absoluten Leinenzwang für alle Hunderassen auf allen parkähnlichen Flächen.

Stadträtin Wallrapp ist für den absoluten Leinenzwang im gesamten Stadtgebiet und bittet in diesem Zusammenhang um entsprechende Kontrollen und Strafen.

Oberrechtsrätin Schmöger erläutert, dass hierfür eine Satzung zu erstellen wäre, in der alle Bereiche gelistet sein müssen.

Stadtrat Müller spricht sich für den absoluten Leinenzwang aus.

Stadtrat Schmidt ist absolut gegen ein Hundeverbot, hat aber nichts gegen eine Regelung zum Leinenzwang.

Stadtrat Böhm äußert sich zustimmend für den Leinenzwang für alle Hundearten und im gesamten Stadtgebiet.

Auf Anfrage von Oberbürgermeister Müller bewilligt Stadtrat Stiller als Antragssteller den Vorschlag der Verwaltung zur Erarbeitung eines Satzungsentwurfs zum absoluten Leinenzwang und stimmt der Änderung des Beschlusses zu.

**beschlossen                      dafür 25    dagegen 4**

Der Stadtrat beauftragt die Verwaltung zur Erarbeitung eines Satzungsentwurfes für den absoluten Leinenzwang.

#### **3.2. Antrag der SPD vom 14.08.2013, Veranstaltungshalle für Kitzingen**

Stadträtin Glos erklärt ausführlich den Antrag der SPD-Fraktion.  
Oberbürgermeister Müller informiert über den Sachstand, dass die Vorstellungs-

unterlagen für eine mögliche Veranstaltungshalle von den Investoren noch nicht vorliegen und die wirtschaftliche Beteiligung durch die Stadt Kitzingen noch nicht ausreichend kommuniziert wurde. Aus diesem Grund spreche nichts dagegen, im Rahmen der Behandlung der Möglichkeit einer Mehrzweckhalle, auch die Projekte vorstellen zu lassen.

Stadträtin Wallrapp kann sich im Namen der FW-FBW-Fraktion nicht für eine Mehrzwecklösung auf dem Deustergelände aussprechen. Daher halte sie eine Vorstellung durch die Investoren „Innopark“ und „conneKT“ in der Stadtratssitzung am 17.10.2013 für sehr sinnvoll und bittet darum, dass im Rahmen dessen, sowohl die Investoren (für deren Projektvorstellung), als auch die Verwaltung (für die Mehrzweckhalle) eine detaillierte Kostenübersicht vorlegen.

Stadtrat Moser sieht der Vorstellung der Projekte ebenso positiv entgegen, schlägt jedoch eine getrennte Abstimmung des Beschlussentwurfes vor, da auf Punkt 2 zugunsten des Bauamtes verzichtet werden könnte.

Stadtrat Böhm hält die Vorhaben der Investoren durchaus für interessant, um möglicherweise eine große Investition einzusparen.

Oberbürgermeister Müller betont, dass es hierbei ausschließlich um eine Veranstaltungshalle ginge. Für die Abhaltung des Schulsportes müsse im Falle der Umsetzung durch einen Investor zwingend eine Lösung gefunden werden, da die Schülerbeförderung zu kostenintensiv wäre. Weiter warnt er vor zu hohen Beteiligungskosten, da dies möglicherweise für Vereine nicht finanzierbar sein könnte.

Stadtrat Rank betont in Zusammenhang damit, dass der Differenzbetrag zwischen einer Mehrzweckhalle mit Veranstaltungsmöglichkeit und einer reinen Sporthalle dargelegt sein sollte, um eine entsprechende Entscheidung treffen zu können.

Stadträtin Stocker hält es für dringlich, dass für Schulkinder der Sportunterricht nahe der Schule gewährleistet wird - eine zeitintensive Anfahrt wäre unzumutbar.

Bürgermeister Christof richtet das Wort an das Gremium und erläutert, dass das Bauamt ohne eindeutige Daten keine entsprechende Kostenrechnung erarbeiten könne – ebenso die Investoren. Es sei Aufgabe der Stadratsmitglieder, der Verwaltung eine Basis (Größe, Ausstattung, Bedarf etc.) zur angedachten Umsetzung vorzugeben. Weiter regt Bürgermeister Christof an, dass die Verwaltung sich mit den Investoren ins Benehmen setzt, um diesen Informationen zu den Bedarfen mitzuteilen bzw. Zahlen zu erarbeiten. Dies sei für deren Kalkulation ebenso wichtig.

Stadträtin Wallrapp betont, eine getrennte Abstimmung sei nicht sinnvoll, da die Kenntnis über gegengerechnete Zahlen für eine Entscheidung grundlegend sei. Bezug nehmend auf die Aussagen ihres Vorredners meint Stadträtin Wallrapp, dass ausreichend Informationen an die Verwaltung weitergegeben wurden.

Stadträtin Richter stellt den Antrag zur Geschäftsordnung auf Schluss der Debatte.

**beschlossen            dafür 29    dagegen 1**

Dem Antrag auf Schluss der Debatte wird stattgegeben.

Stadträtin Glos stimmt als Antragstellerin der Anfrage von Oberbürgermeister Müller, ob sie mit einer getrennten Abstimmung des Beschlusses einverstanden ist, zu.

**beschlossen**                      **dafür 30** **dagegen 0**

1. Der Stadtrat möge sich in seiner Sitzung am 17.10.2013 mit dem Thema Veranstaltungshalle befassen. Hierzu sollen zunächst die vorhandenen Ressourcen erforscht werden. Dazu sollen Eigentümer möglicher Standorte, insbesondere bei ConneKT und im Innopark, eingeladen werden, um
  - a. Potenzielle Nutzungskonzepte (Miete/Kauf durch die Stadt Kitzingen),
  - b. Kosten hierfür und
  - c. Zeitlicher Rahmen für die Umsetzung vorzustellen.

**abgelehnt**                              **dafür 7** **dagegen 23**

2. Diese Zahlen sollen vom Bauamt gegengerechnet werden, namentlich mit dem Plan „Deuster-Areal“; oder zumindest auf Plausibilität geprüft werden. Die Vorstellung der Prüfungsergebnisse soll in der sich anschließenden Sitzung erfolgen.

### **3.3. Antrag der SPD vom 21.08.2013 bzgl. der Erstellung einer Maßnahmenliste für 2014**

Stadträtin Dr. Endres-Paul erklärt ausführlich den Antrag der SPD-Fraktion und betont eindringlich, dass ohne eine Maßnahmenliste 2014 eine Haushaltsberatung nicht möglich sei.

Stadtkämmerer Weber erläutert, dass eine Aufstellung vorliege, die die Förderfähigkeit der Maßnahmen, den Bewilligungszeitraum sowie den Zeitpunkt zur Vorlage des Verwendungsnachweises bei der Regierung von Unterfranken darstellt. Um diese zu vervollständigen wurde die Erstellung einer Auflistung der entschiedenen Projekte beantragt (TOP 3.4). Eine Zusammenstellung aller Maßnahmen mit finanziellen Auswirkungen inklusive der mündlich gestellten Beschlüsse seit 2011 sei auf Grund des Verwaltungsaufwandes seines Erachtens nicht umsetzbar, alternative musterhafte Übersichtslisten wurden als Vorschlag der Verwaltung der Sitzungsvorlage als Anlagen angefügt.

Stadträtin Wallrapp kritisiert die Vorschläge von Stadtkämmerer Weber und fordert eine Liste des Gesamthaushaltes bestehend aus dem aktuellen Haushaltsjahr und der mittelfristigen Finanzplanung sowie der Prioritätenliste.

Stadtkämmerer Weber erklärt, er halte es für wichtig, dass zu erkennen ist, welche Maßnahmen noch abzarbeiten beziehungsweise aktuell anzugehen sind und welche Tätigkeiten künftig anstehen. Dies sei aus den vorgeschlagenen Aufstellungen der Verwaltung ersichtlich.

Auf Nachfrage von Stadtrat Stiller klärt Oberbürgermeister Müller auf, dass im Falle weiterer Stadtratsanträge, die Auswirkungen auf den Haushalt haben, die Fraktionen/ Gruppen einen Vorschlag zur Deckung liefern müssen.



**beschlossen**                      **dafür 8** **dagegen 22**

Die Finanzverwaltung wird aufgefordert, eine Auflistung der Projekte vorzunehmen, deren Durchführung im Jahr 2014 zwingend notwendig ist. Sei es weil es sich hierbei um laufende Projekte handelt, die wegen Fördervorschriften oder aus sonstigen Gründen begonnen werden müssen.

Eine weitere Liste ist zu erstellen, deren Projekte, die im Jahr 2014 zwar geplant sind, die aber nicht notwendigerweise durchgeführt werden müssen.

Auch wäre es gut zu wissen, welche Mittel für 2014 zur Verfügung stehen.

Wir beantragen diese Aufstellungen zur ersten Stadtratssitzung nach der Sommerpause, da ohne diese Auflistungen das Stellen neuer Anträge völlig sinnlos ist und nicht zur Konsolidierung des Haushaltes 2014 beitragen wird.

### **3.4. Antrag der SPD vom 26.08.2013 bzgl. Auflistung der entschiedenen Projekte**

Stadträtin Glos erklärt ausführlich die Gründe für die Antragsstellung der SPD-Fraktion und fordert im Fazit die Gewährleistung von mehr Transparenz.

Stadtrat Moser erkennt, dass die eigentliche Problematik die sei, dass zu viele offene Projekte vorliegen, diese müssten erst einmal reduziert werden, um für priorisierte Maßnahmen eine Kostenberechnung zu Grunde zu legen, da erst dann eine Einstellung in den Haushalt möglich sei. In diesem Zusammenhang sei aber auch zu beachten, inwieweit diese mit den finanziellen sowie personellen Kapazitäten realisierbar seien.

Stadträtin Richter informiert, dass Verwaltungsfachwirt Müller bereits eine Liste ab 2011 erarbeite, die Beschlusstexte, das Datum der Entscheidung, Abstimmungsergebnisse etc. aufzeige. Daher bittet sie um interne Abstimmung, um möglicherweise einen doppelten Arbeitsaufwand zu verhindern.

**beschlossen**                      **dafür 9** **dagegen 21**

Bezug nehmend auf das städtische Schreiben vom 14.08.2013 bittet die SPD-Stadtratsfraktion ergänzend für die HH-Aufstellung 2014 um eine Aufstellung und Vorlage hinsichtlich aller im Stadtrat gefassten und entschiedenen Beschlüsse mit dem Beginn des Jahres 2011 bis heute, einschließlich der mündlich gestellten Beschlüsse, die Kosten in irgendeiner Art und Weise verursachten bzw. noch verursachen und deren Sachstand. Die Liste sollte so gestaltet sein, dass im Querformat folgende Daten herauslesbar sind:

- Beschlusstext (Headline) – nicht 1., 2., 3.,
- Entschieden am .....S(Stadtrat) F(Finanzausschuss) So(Sonstiges)
- Datum: a) erledigt b) Schlussrechnung c) in Umsetzung seit d) offen
- Förderantrag gestellt a) am.... B) bewilligt.... C) abgerufen ....
- Kosten: a) insgesamt b) Anteil Stadt c) Fördermittel d) noch zu leisten (x)

- Zuständig: Name/seit

#### 4. **Beschluss Jugendstadtrat Grillplatz auf dem Gartenschaugelände**

Jugendbürgermeisterin Herm zeigt an Hand von Bildmaterial die Vorstellungen des Jugendstadtrates auf und bittet um Ermöglichung von vier Grillsäulen für Jugendliche im Bereich des ehemaligen Gartenschaugeländes.

Stadträtin Stocker (Referentin für Jugend- und Familienangelegenheiten) informiert das Gremium, dass sich der Jugendbeirat einstimmig für die Schaffung eines Grillplatzes ausgesprochen habe, diesen aber auf eine Örtlichkeit zu reduzieren, aber durchaus mit mehreren Grillstationen und bittet daher das Gremium um Unterstützung.

Stadträtin Richter kritisiert, dass der Beschlussentwurf nicht konform mit den Stellungnahmen des Fördervereins ehemaliges Gartenschaugelände e.V., des Rechtsamtes und des Bauamtes sei. Aufgrund dessen könne sie dem vorliegenden Vorschlag nicht zustimmen. Die Stellungnahmen hätten betreffend der Anzahl der Grillstellen mit eingearbeitet werden sollen.

Oberbürgermeister Müller ist ebenso der Ansicht, vier Grillsäulen seien zu viel. Er regt an, erst einmal eine Probephase ohne feste Grillstationen zu ermöglichen oder alternativ höchstens eine Grillstelle zu schaffen, da die Organisation, Pflege und Reinigung durch die Jugendlichen gewährleistet sein müsse. Hier halte er eine Lösung im Bereich des Skateplatzes für vorstellbar.

Stadträtin Richter stellt den Antrag auf Änderung des Beschlussentwurfes.

Stadtrat Stiller spricht sich für die Bereitstellung einer Grillmöglichkeit und gegen eine Feuerstelle aus.

Stadtrat Müller fordert ebenso eine Regelung der Verantwortlichen zur Nachkontrolle und Sauberhaltung des Platzes.

Stadträtin Wallrapp erfragt, ob durch den Architektenwettbewerb des Gartenschaugeländes eine Änderung überhaupt möglich sei und es hierzu Auflagen des Wasserwirtschaftsamtes gebe.

Oberbürgermeister Müller klärt auf, dass der Skateplatz nicht im Gartenschaugelände integriert war und demnach diesbezüglich keine Probleme entstehen könnten.

Stadträtin Wallrapp stimmt für eine Grillsäule am Skateplatz, verlangt aber die Reinigung durch die Verantwortlichen und schlägt vor, dies vorerst befristet zu genehmigen.

Stadträtin Stocker bittet die Stadtratsmitglieder, sich nicht von Erfahrungen aus der Vergangenheit beeinflussen zu lassen.

Stadtrat Müller stellt den Antrag zur Geschäftsordnung auf Schluss der Debatte.

**beschlossen                      dafür 25    dagegen 5**

Dem Antrag von Stadtrat Müller auf Schluss der Debatte wird stattgegeben.

Stadtrat Pauluhn warnt davor nur eine Grillstelle zu schaffen, da diese gegebenenfalls durch nur eine Jugendgruppe vereinnahmt werden könnte – vergleichbar auch mit den dezentralen Jugendtreffs. Der Gedanke des Jugendstadtrates geht durch die Schaffung von vier Säulen auch in die Richtung, möglicherweise verschiedene Jugendgruppen zusammenzuführen. Weiter fordert Stadtrat Pauluhn den Jugendlichen mehr Vertrauen entgegenzubringen.

Oberbürgermeister Müller stellt klar, dass Vertrauen gegeben ist, jedoch seien Interessenkonflikte auf dem Gartenschaugelände zu berücksichtigen.

Stadtrat Pauluhn beantragt als Kompromisslösung zumindest zwei Grillsäulen zur Verfügung zu stellen.

Auf Anfrage von Oberbürgermeister Müller willigt Jugendbürgermeisterin Herm dem Kompromissvorschlag von zwei Grillstationen ein.

Bürgermeister Christof fordert vorrangig über den ursprünglichen Beschlussentwurf abzustimmen, anschließend könne die reduzierte Variante zur Entscheidung gestellt werden.

Oberbürgermeister Müller stellt aufgrund der Einwilligung des Antragstellers den geänderten Beschluss zur Abstimmung.

**abgelehnt**                      **dafür 14** **dagegen 16**

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Der Durchführung der Maßnahme „Errichtung eines Grillplatzes auf dem Gartenschaugelände“ wird wie folgt zugestimmt:

Es besteht Einverständnis darüber, 2 Grillsäulen einschließlich Sitzmöglichkeiten an einem Standort laut Sachvortrag zu errichten.

**beschlossen**                      **dafür 27** **dagegen 3**

Es besteht Einverständnis darüber, eine Grillsäule einschließlich Sitzmöglichkeiten zu errichten.

Bürgermeister Christof begründet seine Gegenstimme insoweit, dass der ursprüngliche Antrag für vier Grillstellen hätte genehmigt werden sollen.

## **5. Kommunales Unternehmensrecht - Beteiligungsbericht 2011**

### **Ohne Abstimmung**

Von dem nach Art. 94 Abs. 3 GO jährlich zu erstellenden Beteiligungsbericht über die Beteiligungen der Stadt Kitzingen an Unternehmen in Privatrechtsform für das Jahr 2011 wird Kenntnis genommen.

Durch die Darstellung der mittelbaren Beteiligungen der Stadtbetriebe Kitzingen GmbH (VR erneuerbare Energien eG und Visconto GmbH über LKW Kitzingen GmbH) und deren Kreditaufnahmen für 2010 und 2011 sowie der Aufnahme des Standes der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (31.12.2010 bzw. 31.12.2011) wurde die Prüfungsbeanstandung TZ 32 der überörtlichen Prüfung erledigt.

**6. GEA Brewery Systems, Schaffung eines Logistikstandortes 1. Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses für den Bebauungsplan Nr. 91 2. Bebauungsplan Nr. 32 "Schwarzacher Straße Ost", 3. Änderung hier: Aufstellungsbeschluss und Beschluss zur frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit und der Träger öffentlicher Belange nach §3.1 und 4.1 BauGB mit paralleler Flächennutzungsplanänderung**

Bauamtsleiter Graumann erklärt kurz die Sachlage anhand von Lageplänen.

Stadtrat Rank (Referent für Stadtentwicklung) spricht sich im Interesse der Firma Huppmann und mit Blick auf die positive Entwicklung für den Beschluss aus und bittet um Zustimmung aus dem Gremium.

2. Bürgermeister May (Referent für Wirtschaft und Konversion) schließt sich seinem Vorredner an und bittet ebenfalls um Bewilligung des Beschlusses.

**beschlossen                      dafür 29    dagegen 0**

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Der Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan Nr. 91 mit der Bezeichnung „Gewerbegebiet GEA Brewery Systems“ vom 10.12.2009 wird aufgehoben, das Verfahren im Geltungsbereich westlich der Heinrich-Huppmann-Straße nicht weiterbetrieben.
3. Der Stadtrat beschließt für den im Lageplan dargestellten Bereich den Bebauungsplan Nr. 32 „Schwarzacher Straße Ost“ zu ändern.
4. Der Flächennutzungsplan ist im Parallelverfahren zu ändern (weiterhin 30. Änderung).
5. Die Verwaltung wird mit der ortsüblichen Bekanntmachung des Aufstellungsbeschlusses gemäß § 2 Abs. 1 BauGB beauftragt.
6. Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange werden nach § 4 Abs. 1 BauGB frühzeitig unterrichtet. Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 1 BauGB wird in Form einer 4-wöchigen Planaufgabe mit Gelegenheit zur Äußerung und zur Erörterung der Planung durchgeführt.

**7. Sonstiges**

**7.1. Zwischennutzung auf den ehem. Harvey Barracks (Teilfläche des in Aufstellung befindlichen Bebauungsplanes Nr. 106 "conneKT Technologiepark Kitzingen"), Genehmigung nach § 35 Abs. 2 BauGB**

Bauamtsleiter Graumann erklärt, dass die Genehmigung zur Zwischennutzung in diesem Bereich dem Stadtrat obliege. Anhand des Sachvortrages der Sitzungsvorlage werde sowohl das Zwischennutzungskonzept dargestellt, als auch die Voraussetzungen, um eine Nutzung zu ermöglichen.

Oberbürgermeister Müller richtet die Frage an Herrn Blum, ob er die Möglichkeit sehe, die nötigen Unterlagen in dem vorgegebenen Zeitrahmen einzureichen. Herr Blum bestätigt, dass ein Großteil der Unterlagen schon vorläge und die noch Fehlenden würden kurzfristig erbracht werden. Ebenso könne die Erschließung sichergestellt werden.

Stadträtin Richter erfragt, ob die Zwischennutzung generell derart schnell regelbar ist.

Oberbürgermeister Müller erklärt, dass von Seiten der Verwaltung das grundsätzliche Vorgehen bereits im Finanzausschuss beraten wurde und er bestätigt, dass die zeitnahe Umsetzung beiderseits möglich sei.

Stadtrat Schardt bezieht sich auf seine Vorrednerin und möchte in Erfahrung bringen, ob es Bedenken bezüglich der Kampfmittelräumung gebe.

Oberbürgermeister Müller stellt klar, dass es für die betreffende Fläche ein Kampfmittelräumungskonzept gebe.

Herr Blum fügt ergänzend hinzu, dass für den Zwischennutzungsbereich Altlasten- und Kampfmittelfreigaben vorliegen.

Bauamtsleiter Graumann erläutert, der Vorhabenträger habe kurzfristig den Bedarf einer Halle angemeldet. Im gesamten Stadtgebiet stehe keine andere mögliche Fläche zur Verfügung. Die Ausgangssituation sei schlecht, da es in dem Bereich (Außenbereich) kein Planungsrecht gebe. Die Kampfmittelproblematik sei in diesem Bereich nicht einfach zu händeln, die Verwaltung versuche aber unter enormem Zeitdruck einem Unternehmen zu helfen und eine Nutzung zu etablieren. Dabei müsse dennoch alles rechtens sein.

**beschlossen                      dafür 29    dagegen 0**

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Das Zwischennutzungskonzept wird gem. des räumlich definierten Umgriffes (s. Anlage 1), des Beschlussvortrages beschlossen und bildet die verbindliche Grundlage für alle künftigen Zwischennutzungen.
3. Der Oberbürgermeister erhält in Abweichung von § 13 Abs. 2 Ziff. 2.12 der Geschäftsordnung die Ermächtigung alle geplanten und beantragten Zwischennutzungen im definierten Umgriff (s. Anlage 1) ohne vorherige Stadtrats- oder Bauausschussbefassung auf Grundlage des § 35 Abs. 2 BauGB zu genehmigen, sofern die erforderlichen Grundlagen vorliegen und diese genehmigungsfähig sind.
4. Die im Sachvortrag unter Ziff. 4. dargestellte Zwischennutzung kann unter den im Beschlussvortrag unter Punkt 2 genannten Voraussetzungen auf der Rechtsgrundlage des § 35 Abs. 2 BauGB ausnahmsweise genehmigt werden.

## **7.2.                      Anfrage von Stadtrat Schmidt; Weiteres Vorgehen Bürgerentscheid "Marshall Heights"**

Stadtrat Schmidt erfragt das weitere Vorgehen zum positiven Bürgerentscheid „Marshall Heights“ und nennt beispielhaft folgende Fragen zur Thematik:

- Wann wird das Nutzungs-, Sanierungs- und Finanzierungskonzept für die zum Teilerwerb vorgesehenen Flächen und Gebäude vorgelegt?
- Wie sieht der Zeitplan zum Teilerwerb aus?
- Wann wird die Beurkundung für den vorgesehenen Teilerwerb voraussichtlich erfolgen bzw. angestrebt?
- Wann werden die Liegenschaften voraussichtlich für die angestrebte Nutzung zur Verfügung stehen?
- Welche Objekte sind zum Rückbau angedacht?

- Wie sieht der Zeit- und Finanzierungsplan für den Rückbau aus?

Oberbürgermeister Müller bittet um Verständnis, dass in heutiger Sitzung noch keine Aussagen getroffen werden können.

Auf Nachfrage von Bürgermeister Christof stellt Oberbürgermeister Müller klar, dass er gegenüber der Bundesimmobilienanstalt lediglich seine Meinung geäußert habe, stets aber unter dem Vorbehalt, dass der Stadtrat entscheidet, über welche Teilflächen die Stadt Kitzingen künftig am Bieterverfahren ein Angebot abgeben wird.

Oberbürgermeister Müller erklärt, dass von Seiten der Verwaltung Vorschläge zu Teilflächen unterbreitet werden, es können aber auch Vorschläge aus dem Gremium getätigt werden. Die Beratung und Entscheidung liege abschließend in der Zuständigkeit des Stadtrates.

### **7.3. Anfrage von Stadträtin Glos; Sachstandsinformation Profilbildung**

Auf Anfrage von Stadträtin Glos informiert Verwaltungsrat Hartner, dass die erste Sitzung der Lenkungsgruppe im Markenbildungsprozess am 23.10.2013 stattfinden werde.

### **7.4. Anfrage von Stadträtin Glos; Sachstandsinformation Kampfmittelproblematik "Hammerstiel"**

Stadträtin Glos erfragt den Sachstand zur Kampfmittelproblematik "Hammerstiel" und kritisiert, dass laut Aussagen von Anwohnern diese sensible Problematik in Form eines offenen Briefes (ohne Kuvert) kommuniziert wurde. Oberbürgermeister Müller verweist darauf, dass diese Thematik nichtöffentlich sei.

### **7.5. Anfrage von Stadträtin Dr. Endres-Paul; Sachstand Organisationsgutachten**

Auf Nachfrage von Stadträtin Dr. Endres-Paul bezüglich des Vorlagetermins des Organisationsgutachtens informiert Verwaltungsrat Hartner, dass laut Aussagen von Herrn Endrich (Bayerischer Kommunalen Prüfungsverband) die Vorlage des Gutachtens für Ende Oktober vorgesehen sei. Oberbürgermeister Müller fügt ergänzend hinzu, dass abschließend Zuarbeit durch ein Sachgebiet getätigt werden müsse, die Verzögerung ließe sich durch akute Projekte begründen.

**Oberbürgermeister Siegfried Müller schließt die öffentliche Sitzung um 21.03 Uhr.**

Der Vorsitzende

Der Schriftführer

Siegfried Müller  
Oberbürgermeister

Franziska Schlier  
Verwaltungsfachangestellte

